Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 86 (1995)

Heft: 25

Rubrik: Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Drittel aller Studierenden. Erwartungsgemäss und der Ausrichtung des Studiums entsprechend, arbeiten die Studierenden der berufsbegleitenden Ingenieurschulen bei weitem am meisten, nämlich zur Mehrheit zwischen 80% und 100%. Der Hauptgrund für die Erwerbstätigkeit sind die Finanzierung des Studiums bzw. des Lebensunterhalts. Der Durchschnittsjahresverdienst liegt während des Studiums an den berufsbegleitenden IS bei über 44 000 Franken, so dass eine Eigenfinanzierung der Ausbildung möglich ist. Studierende an Vollzeit-IS und ETH verdienen deutlich weniger (ca. Fr. 5000.– pro Jahr) und sind während des Studiums auf die Unterstützung der Eltern angewiesen.

Das Ingenieurstudium wird insgesamt mehrheitlich als gut bewertet. In der Fachausbildung kommt nach Ansicht der Studierenden sowohl an den IS als auch an den ETH die Praxisorientierung zu kurz; in der Allgemeinbildung mangelt es vor allem an Kreativität, Projektmanagement, Fremdsprachen und der Vermittlung kommunikativer Fähigkeiten. Zu den grössten Schwierigkeiten während der Ausbildung gehören neben Stress und Zeitmangel die ungenügenden didaktischen Fähigkeiten des Lehrkörpers. Zu viel Gewicht wird dem Klassenunterricht bzw. den Vorlesungen beigemessen. Die an den ETH und IS bestehende Infrastruktur wird vor allem von den Studierenden der ETH Lausanne als gut betrachtet. Grundsätzlich beurteilen die Befragten aus der Romandie die Qualität der Lehrangebote an ihrer Schule besser als ihre Kolleginnen und Kollegen aus der Deutschschweiz.

Nach Abschluss des Studiums möchte die grosse Mehrheit der IS- und ETH-Absolventen in der verarbeitenden Industrie, in der Produktion oder in einem Ingenieurbüro tätig werden. Weitaus am beliebtesten ist dabei der Bereich Forschung und Entwicklung. Wichtige Faktoren für die zukünftige Berufstätigkeit sind eine interessante Tätigkeit, sinnvolle Arbeit und eine gute Zusammenarbeit mit Kollegen und Vorgesetzten. Hervorzuheben ist, dass Aufstiegschancen und gute Bezahlung nur eine untergeordnete Rolle in dieser Rangliste spielen.

Als explizite Fähigkeiten werden dem IS-Ingenieur vor allem gute Kenntnisse in der Realisierung und Produktion zugeschrieben, dem ETH-Absolventen eher Eignung für die Forschung und Entwicklung. Die Chancen im Hinblick auf die Aufstiegsmöglichkeiten und Bezahlung sind aus der Sicht der Studierenden klar besser für den ETH-Ingenieur. Das Image des Ingenieurberufs wird in der Romandie besser bewertet als in der Deutschschweiz. Die Zukunftsperspektiven des Ingenieurs am Wirtschaftsstandort Schweiz werden zurückhaltend beurteilt, wobei man in der Westschweiz bezüglich dieses Punktes pessimistischer als in der Deutschschweiz eingestellt ist.

Die Mehrheit der Studierenden glaubt, dass es in Zukunft mehr Ingenieure – vor allem mehr IS-Ingenieure – brauchen wird. Die wichtigsten Anforderungen werden dabei ein grösseres Mass an Flexibilität sowie mehr Selbständigkeit sein. Die Ergebnisse der Untersuchung sind vor allem in Anbetracht der Umwandlung der Ingenieurschulen in Fachhochschulen auf September 1996 von besonderem Interesse. Nähere Informationen und Detailbericht sind erhältlich bei: Ingenieure für die Schweiz von morgen, Dr. Andrea Leu, Freigutstrasse 24, 8027 Zürich, Telefon 01 201 73 00, Fax 01 202 93 20.

Neue Biga-Berufe bei der Post

Die Post will anstelle der Monopolberufe künftig Berufslehren anbieten, die vom Bundesamt für Industrie-, Gewerbe und Arbeit (Biga) anerkannt sind. Damit sollen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bessere Voraussetzungen geschaffen werden, um im Berufsleben auch in Zukunft bestehen zu können. Das neue Angebot soll die Ausbildungen kaufmännische Lehre Post, Juniorpraktikum Post und Postangestellte(r) umfassen. Das Konzept geht nächstes Jahr in Vernehmlassung.

In den Märkten des Dienstleistungs-, Transport- und Angebotsbereichs, in denen die PTT-Betriebe einst Alleinanbieter waren, treten auf breiter Front Konkurrenten mit differenzierten Leistungsangeboten auf. Damit werden rasche Anpassungen der Organisationsabläufe der Post nötig, was auch neue Anforderungen an das Personal stellt. Die Monopollehren, die das Personal stark an die Unternehmung binden und auf die Aneignung postalischen Wissens ausgerichtet sind, genügen nicht mehr allen Anforderungen der «neuen» Post.

Politik und Gesellschaft
Politique et société

Privatisieren wir uns zu Tode?

Oder ist die totale Privatisierung der Schlüssel zum Glück? Wo liegt der goldene Mittelweg? Mit diesen grosskalibrigen Fragen befasste sich am vergangenen 30. November im Zürcher Kongresshaus die Unisys-Herbsttagung. Fünf Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik legten den rund 2000 Besuchern ihren Standpunkt dar. In der anschliessenden Podiumsdiskussion, die engagiert und teilweise kontrovers geführt wurde, vertraten Studierende der Universität Zürich den Standpunkt der Jugend. Die Tagung stand unter der Leitung von Erich Gysling, Chefkommentator Schweizer Fernsehen DRS.

Fred Rüssli, Präsident des Verwaltungsrats und Vorsitzender der Geschäftsleitung von Unisys, eröffnete die Tagung mit einem klaren Bekenntnis zur Privatwirtschaft und warf einen Blick auf die Lebensphilosophie des Amerikaners, zu der private Initiative und der Einsatz persönlicher Mittel gehören würden. Diese Lebenseinstellung baue auf Begriffen wie Freiheit des Denkens, Freiheit des Handelns, aber auch Freiheit des Konsums. Sie wurzle im Glauben an sich selbst, im Glauben an die Machbarkeit gesteckter Ziele und im Glauben an eine erfolgreiche Umsetzung im Markt.

Geprägt von den britischen Erfahrungen der Thatcher-Jahre bezog die Labour-Parlamentarierin Joan Walley dezidiert Stellung gegen eine umfassende Verlagerung staatlicher Tätigkeit in den privatwirtschaftlichen Bereich. Der Erfolg davon sei, dass jetzt die Kräfte des Marktes die Unternehmenspolitik von Bereichen bestimmen, die früher unter öffentlicher Leitung und Kontrolle standen. Durch den Verkauf von florierenden Staatsunternehmen sei zwar Geld in die gebeutelte Staatskasse geflossen, doch müsse die Öffentlichkeit nun auf die Einnahmen aus diesen Betrieben verzichten – unter dem Strich ein schlechtes Geschäft für die Bürgerinnen und Bürger. Auch werde der soziale Zusammen-

halt in unserer Gesellschaft immer brüchiger. So akzeptiere die Privatisierung eine politische Philosophie, die Gräben aufreisse und die wachsende Kluft zwischen arm und reich fördere.

Eine Gefahr für die soziale Stabilität als Folge des Privatisierungsprozesses befürchtet auch Paul E. Zinner, Ordinarius für Politische Wissenschaft an der University of California in San Francisco. Er ortet in Amerika und in Europa erhebliche soziale Probleme, die auf das politische System enorme Auswirkungen haben werden. Als einen der Gründe dafür nannte Zinner die wachsende Kluft hinsichtlich Verdienst zwischen Topmanagement und normalen Angestellten. Er zweifelt daran, dass private Unternehmen überhaupt ein Interesse daran haben, sich um die Probleme der Arbeitslosigkeit und um soziale Unterstützung zu kümmern beziehungsweise Lösungen anzubieten. Die Effizienz privater Unternehmen sei gegenüber staatlichen Betrieben nicht zwingend besser. Die Qualität des Managements in der Privatwirtschaft sei nicht über alle Zweifel erhaben und die Ignoranz der Manager manchmal erstaunlich gross.

Rolf M. Dähler, Direktor des Sekretariats der Schweizerischen Kartellkommission, forderte in seinen Ausführungen eine gezielte Rückführung des staatlichen Handelns auf die unverzichtbaren Kernfunktionen. Der Staat solle grundsätzlich nur für jene Leistungen zuständig sein, welche von Privaten nicht oder nur unzureichend erbracht werden können. Die Schweiz müsse sich auf die Vorzüge des marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzips zurückbesinnen. Es sei für die Kartellkommission evident, dass Staatsbetriebe nicht so effizient wie private Unternehmen arbeiten könnten, da die staatliche Tätigkeit in der Regel vor Wettbewerb geschützt sei. Die schweizerische Volkswirtschaft sei noch immer von einer Unzahl von planwirtschaftlichen Elementen staatlicher und privater Provenienz durchzogen. Diese gelte es zu beseitigen.

Einen vertieften Blick auf die besondere Situation der Reformländer – die ehemals real existierenden sozialistischen Staaten – warf Vladimir Pankov, Gastprofessor für Ökonomie der Reformländer an der Universität Wien. Als methodologischen Schlüssel zur Beantwortung der Hauptfrage «Wollen wir wirklich alles privatisieren?» diente Pankov eine Aussage des Ökonomen Karl Schiller: «Dem Markt geben, was des Marktes ist, und dem Staat geben, was des Staates ist.» Allerdings gebe es keine Patentrezepte, wie hoch die Staatsquote eines Landes sein solle. Die konkrete Relation zwischen Privat- und Staatskapital sei nicht für ewige Zeiten festgelegt, sie hänge von den jeweiligen Gegebenheiten eines Landes ab. Die Erfahrungen seit Anfang der neunziger Jahre hätten eine Vielzahl von Reformländern gelehrt, die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse längerfristig und schrittweise zu gestalten. Dieser Prozess sei ohne Hektik durchzuführen, und zwar unter Berücksichtigung ökonomischer Effizienz pro/kontra soziale Gerechtigkeit. Beispiele hätten zudem gezeigt, dass eine relativ breite Eigentumsstreuung eine wirksame soziale Stütze für die marktwirtschaftliche Transformation sei.

Dr. Jean-Noël Rey, Generaldirektor der PTT und Leiter des Postdepartements, befasste sich ausführlich mit dem Stellenwert des Service public, der Grundversorgung der staatlichen Gemeinschaft mit allgemein zugänglichen öffentlichen Leistungen, im wirtschaftlichen und sozialen Umfeld unserer Zeit. Der Service public gerate überall auf der Welt zunehmend unter Beschuss. Wolle man jedoch das Gesetz des Dschungels verhindern, dürften Güter und Dienstleistungen im Bereich des Grundbedarfs nicht unbesehen dem freien Markt überlassen werden. Allerdings dürfe man eine durch jahrelange monopolistische Praxis oder durch einen höchst zweifelhaften Auftrag fehlgeleitete Grundversorgung nicht mit einem Service public verwechseln, der auf einem klar und frei definierten Auftrag basiere. «Wir müssen uns deshalb einer Neubestimmung unserer Grundversorgung zuwenden. Man muss ihr zunächst einen klaren Auftrag geben. . . . Darüber hinaus müssen wir klar sagen, auf welchen finanziellen Grundlagen unsere öffentlichen Dienste beruhen.»

Rekordstreikjahr 1994

Insgesamt 14 380 Arbeitstage oder 4,3 Arbeitstage pro 1000 Arbeitnehmer gingen im vergangenen Jahr in der Schweiz durch Streiks verloren – in den letzten 20 Jahren wurde dieser Wert nur 1976 mit 19 586 verlorenen Arbeitstagen überschritten, wie die Wirtschaftsförderung aufgrund von Zahlen des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga) feststellt. Hauptgrund der für Schweizer Verhältnisse hohen Zahlen war der eintägige Streik in der Druckindustrie: Am 3. November 1994 legten 6096 Personen in 231 Betrieben die Arbeit nieder. Total waren 238 Betriebe von Streiks betroffen, neben den Druckereibetrieben waren es zwei Betriebe der Metallindustrie und je einer aus den Bereichen Textilgewerbe, Fahrzeugbau, Sportgeräteherstellung, Baugewerbe sowie Sozialwesen.

Gemessen an der Zahl der Arbeitnehmer ist die Schweiz jedoch kaum von Streiks betroffen: Im Durchschnitt der Jahre 1985 bis 1994 ging pro 1000 Arbeitnehmer weniger als ein Arbeitstag durch Streiks verloren. Andere Länder haben da grössere Probleme, wie eine Statistik des Instituts der deutschen Wirtschaft für das Jahr 1993 zeigt. In Spanien gingen 248 Arbeitstage pro 1000 Arbeitnehmer verloren, in Italien 235, in den USA 37 und in Frankreich 28. Tiefe Werte wiesen in jenem Jahr Österreich (4), Westdeutschland (3) und Japan (2) aus. Keine Verluste durch Streiks zu beklagen hatte 1993 die Schweiz.

Veranstaltungen Manifestations

Die Schweiz an der Cebit 96

14.–20. März 1996, Hannover

Die Osec – Schweizerische Zentrale für Handelsförderung – organisiert an der Cebit 96 in Hannover erstmalig in drei Bereichen Schweizer Gemeinschaftsstände. Während es bisher nur im Softwarebereich möglich war, unter gemeinsamem helvetischem Dach und doch mit einem eigenen Stand auszustellen, sind für 1996 drei solcher Präsentationsmöglichkeiten geplant. Und zwar je eine in den Sektoren Multimedia, Telekommunikation und Software / Beratung / Dienstleistungen. Die Veranstalter hoffen, dass eine grössere Zahl kleinerer Firmen diese kostengünstige Chance nutzt, sich selbst und ihr Angebot an attraktivem Ort dem Weltmarkt umd vor allem dem EU-Raum zu zeigen.